

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Knobloch, Dresden und Sachs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Altkönig

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren in der 44. Woche vom 27. Oktober bis November 8 Milliarden M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 1 1/2 Milliarden M., Einzelnummer 1/4 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mit Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 100 M., die 90 mm breite Staffeldzeile 400 M., für auswärtige Anzeigen 120 u. 500 M. Schlüsselzahl: 18000 000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 10 M.

Nr. 256

Dresden, Freitag den 2. November 1923

34. Jahrg.

Der rechtswidrige Reichskommissar

Herr Reichskommissar Heintze ist durch Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten wieder in sein verdientes Nichts zurückgefallen, aber die Folgen seiner Gewaltstreiche hat das ganze sächsische und deutsche Volk zu tragen. Wir haben keinen Zweifel aufkommen lassen, daß das Heintze-regiment verfassungs- und gesetzwidrig war, ganz abgesehen von der Barbarei und Brutalität, mit der Herr Heintze auch formell sein Wüten sinngemäß verzerrte. Der Reichskommissar hatte keine Befugnis, die verfassungsmäßige Regierung Zeigner endgültig zu beseitigen. Eine solche Befugnis ist ihm nicht erteilt worden, konnte ihm auch gar nicht erteilt werden, da selbst der Reichskanzler nicht mit der Befugnis der endgültigen Absetzung der sächsischen Landesregierung ausgestattet war. Aber selbst wenn Herr Reichskanzler Stresemann den guten Glauben an ein solches Recht gehabt haben sollte, so dürfte er aus politischen Gründen weder selber das Land Sachsen derart behandeln noch durch einen Bevollmächtigten verwalten lassen. Die Ereignisse werden ihn belehren und noch belehren, daß er hier den schwersten Fehler beging, dessen sich der Vorkämpfer der deutschen Demokratie überhaupt schuldig machen kann. Daß der Reichskanzler bei Auswahl seines Bevollmächtigten überdies an den eng- und flächmässigen Heintze geriet, steigerte seinen politischen Fehler bis ins Tragisch-Groteske. Ueber das alles ist noch nicht das letzte Wort gesprochen, denn das sächsische Land und Volk müssen gegen die Gefahr einer Wiederholung derartiger Ueberfälle und Streiche geschützt werden.

Schule sei zur Feststellung der Verantwortlichkeit für die Vorgänge ein Verhör veröffentlicht, der von wichtiger Bedeutung erscheint. Es ist das Rechtsgutachten eines hervorragenden bürgerlichen Juristen und Staatsrechtslehrers, das uns durch den Sozialdemokratischen Parliamentsdienst zugänglich gemacht wurde. In seiner klaren Sachlichkeit spricht es für sich selbst. Die politischen Schlussfolgerungen haben nun die politischen Faktoren und Kräfte zu ziehen. Die Darlegungen des bürgerlichen Rechtsgelahrten lauten:

Rechtsgutachten

In der Fülle der Ereignisse ist bisher die Frage nicht näher untersucht worden, ob der Reichskommissar Heintze, der mit so großer Sicherheit in Sachsen auftrat, Minister absetzte und als Diktator verhandelte, für sein Vorgehen auch nur die geringste rechtliche Legitimation hatte. Nun stellt sich tatsächlich heraus, daß Heintze hierbei ohne jeden Schein von Recht gehandelt hat. Wie man die zweifelhafte Rechtsfrage des Artikels 48 der Reichsverfassung auch beurteilen mag, so ist doch soviel klar, daß nicht einfach der Reichskanzler oder die Reichsregierung von sich aus irgendeine Landesregierung absetzen können, und noch weniger, daß ein von ihnen entsandter Kommissar aus eigenem Recht solche Befugnisse hat, sondern sie sich auf eine Verordnung des Reichspräsidenten stützen müssen. Die vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 erlassene Verordnung vom 29. Oktober d. J. enthält aber für die Handlungen des Reichskommissars Heintze keinerlei Grundlage. In dieser Verordnung wird nicht ein Reichskommissar, auch nicht der Reichswehrminister oder Militärbefehlshaber, sondern ausdrücklich nur der für die Richtlinien der Politik verantwortliche Reichskanzler zu dem äußersten Schritt eines Eintritts in die sächsische Regierung ermächtigt. Auch durfte der Reichskanzler danach nicht einfach die Minister endgültig absetzen, sondern er konnte sie nur für die Dauer der Geltung der Verordnung ihrer Stellung entziehen und so lange andere Personen mit der Führung der Dienstaufgaben betrauen. Wenn also der Reichskanzler hiervon Gebrauch gemacht hätte, so wären Dr. Zeigner und seine Kollegen Minister in Suspension geblieben und bei Wiederaufhebung der Verordnung wieder in ihrem Amte gewesen, wenn nicht inzwischen der Landtag, wie es geschehen ist, eine andere Regierung ernannte. Ein endgültiger Einritt in die staatsrechtliche Vertretung des Volkes ohne diese Verordnung ist nicht an-

Nachdem diese Verordnung des Reichspräsidenten aber in Kraft trat, d. h. bevor das Reichsgesetzblatt ausgeben war, setzte Herr Heintze, der hierzu weder vor noch nach der Verordnung eine Legitimation hatte, die sächsischen Minister ab. Sein drafonisches Schreiben lautet:

Dresden 29. Oktober 1923.
Der Reichskommissar für Sachsen.
Nr. 1 perlt.
An die Regierung des Freistaates in Sachsen in Dresden.
Ich bin durch die Reichsregierung unter dem 29. Oktober 1923 zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.
Die sächsischen Minister haben ihrem Amt aus dem Amt entlassen.
Der Reichskommissar für Sachsen
gez. Dr. Heintze.

In diesem Schreiben kommt in keiner Weise zum Ausdruck, daß diese Entlassung nur für die Dauer der Verordnung des Reichspräsidenten erfolgt.
Man muß also feststellen, daß Herr Dr. Heintze, der als Reichskommissar zwar einen schönen Titel, aber nicht die geringsten Befugnisse hatte — die Einsetzung eines solchen Reichskommissars ist in seiner Verordnung des Reichsprä-

äsidenten vorgesehen —, der also höchstens verhandeln und zwischen der sächsischen Regierung und dem Reichskanzler hätte vermitteln können, Minister eines deutschen Landes unbefugt abgesetzt hat.

Dr. Heintze scheint sich überhaupt über den Umfang seiner Befugnisse in einer für einen früheren Reichsgerichtsrat und Justizminister erstaunlichen Unkenntnis befinden zu haben. Er gründet in seinen Rundreden seine Stellung auf Artikel 48 Absatz 1 der Reichsverfassung, d. h. er betrachtet sich als Vollstrecker der gegen Sachsen gerichteten Reichsregulation. Eine solche hat aber der Reichspräsident niemals angeordnet. Er hat vielmehr nur Ausnahmevorschriften auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 erlassen.

Die Abberufung

Der Reichspräsident hat die am 29. Oktober erlassene Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsen wieder aufgehoben. Aus diesem Schritt ist zu schließen, daß in Sachsen jetzt auch nach Aufhebung der Reichsregulation Ruhe und Ordnung wiederhergestellt ist, denn sonst wäre es leichtsinnig, ohne weiteres auf das vom Reichspräsidenten verfügte Ausnahmerecht zu verzichten. Gerade in Bezug auf Sachsen kann man von Herrn Stresemann diesen Schritt auch nicht annehmen. Immerhin erhält die amtliche Mitteilung über die Aufhebung der genannten Verordnung auch einen politischen Wert. Bisher war selbst der Reichskanzler der Ueberzeugung, daß die Ruhe und Ordnung nur in Sachsen gesichert ist. Diese Auffassung hat durch praktische Maßnahmen, insbesondere die Entsendung von 60 000 Mann Reichswehr nach Sachsen, ihre Bestätigung gefunden. Jetzt aber ist die Verordnung vom 29. Oktober aufgehoben, weil Ruhe und Ordnung wieder vorhanden sind, und damit hat nicht nur die Reichswehr in Sachsen nichts mehr zu suchen, sondern ist der Ausnahmezustand im Reiche überhaupt überflüssig geworden.

Wir möchten jedoch bemerken, daß sich Herr Stresemann dieser durchaus logischen Deduktion anschließt. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Regierung durch die amtliche Mitteilung über die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Oktober sich tatsächlich — wenn auch ungewollt — zum Verfechter der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aufgestellten Forderungen gemacht hat, die u. a. die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Zurückziehung der Reichswehr aus Sachsen wünschenswert.

Der sächsische Knoten

Unter diesem Titel nimmt das führende Organ des Zentrums, die Germania, an den sächsischen Vorgängen und zur Frage der großen Koalition Stellung. Darüber wird folgendes Bescheidliche gesagt:

„Wenn uns mit wohlbedachter Absicht vorgeworfen wurde, daß wir uns nicht an der sächsischen Frage um „weiter vorwagt“

Auf des Messers Schneide

Die Entscheidung über die Koalition fällt heute

Die Reichstagsfraktion der V. S. P. D. hat die Voraussetzungen und Bedingungen für ihr weiteres Verbleiben in der Regierungskoalition klar und eindeutig formuliert und fordert nun rasche Entscheidung. Sie ist heute zu erwarten. Ueber den Gang der gestrigen politischen Verhandlungen wird uns gemeldet:

Berlin, 1. November. (Eigene Meldung.) Die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion waren vor Donnerstagabend nicht in der Lage, dem Reichskanzler persönlich die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu unterbreiten. Dr. Stresemann ist seit längerer Zeit herkrankend und hätte bereits seit Mittwoch auf dringendes Ansuchen der Verleger das Bett. Er war deshalb nicht in der Lage, die Vertreter unserer Reichstagsfraktion schon am Donnerstag vormittag zu empfangen. Dagegen beauftragte er seinen Staatssekretär mit der Entgegennahme einer Begrüßung der von der Fraktion an den Verbleib in der großen Koalition gemachten Voraussetzungen, die inzwischen durch die Presse aus dem Reichskanzler bekannt geworden waren. Die Genossen Hermann Müller, Weis und Freilich befinden dem Staatssekretär der Reichskanzlei keinen Zweifel darüber, daß aus allgemeinen politischen Gründen möglichst bald Klarheit geschaffen werden müsse. Im Auftrage des Reichskanzlers sagte Staatssekretär Komplex zu, daß nach am Donnerstag, 6 Uhr, sich eine Sachverteilung mit dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden beschließen sollte und um 8 Uhr abends unsere Fraktion Mitteilung über den Ausgang dieser Sitzung entgegennehmen könne.

Infolgedessen war die auf 1 Uhr mittags angesetzte Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion überflüssig geworden. Hermann Müller gab lediglich einen Bericht über die Mitteilungen des Staatssekretärs Komplex. Es wurde hierauf beschlossen, abends 8 Uhr zur Entgegennahme der Aufassung des Reichskabinetts erneut zusammenzutreten. Im Laufe des Nachmittags erfuhr die demokratischen den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden um Teilnahme an einer gemeinsamen Parteiführer-Besprechung. Die Beteiligung wurde zugesagt. Während das Reichskabinet sich mit den Forderungen der Sozialdemokratischen Fraktion, haben die Parteiführer. Bei dieser Zusammenkunft handelte es sich um eine un-

berührliche Besprechung, an der die Deutsche Volkspartei nicht beteiligt war, weil ihre maßgebenden Vertreter von Berlin abwesend waren.

Abends 9 1/2 Uhr. Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Forderungen der Sozialdemokratie durch das Kabinet ist, der Koalitionsparteien ist am Donnerstag noch nicht gefallen. Die Koalitionsparteien beschließen sich am Donnerstag nachmittag in der Reichstagskammer mit den Forderungen aus Anlaß des neuen Wahlgesetzes und hatte deshalb keine Gelegenheit, sich auch mit den Forderungen der Sozialdemokratie zu befassen. Insbesondere wurde aber auch deshalb die Debatte über die Voraussetzungen der Sozialdemokratie an den Verbleib im Kabinet verschoben, weil einzelne liberale Minister das Bedrückende hinter, vor der endgültigen Entscheidung noch mit ihren Fraktionen in Verbindung zu treten. Das Kabinet wird sich wahrscheinlich erst am Freitag vormittag mit den Forderungen unserer Fraktion befassen. Der Reichskanzler soll dann mittags um 2 Uhr die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion empfangen und über den Ausgang der Sitzung Mitteilung machen.

Die Parteipresse und die sächsische Krise

Die Leipziger Volkszeitung äußert sich über den Ausgang der sächsischen Krise folgendermaßen:

Wir haben jederzeit den Eintritt der Kommunisten in die sächsische und thüringische Regierung begrüßt, nicht in der Hoffnung, daß die Kommunisten amieren und sich von den Einflüssen des Kabinet befreien würden. Immerhin waren wir der Auffassung, daß sich auch die Kommunisten des Erfolges der Lage bewußt sein müßten, die durch das Staatsrecht in Sachsen geschaffen wurde. Aber den Kommunisten war der Eintritt in die thüringische und vor allem in die sächsische Regierung lediglich der Anlaß, nun ihrerseits dieselben Vorkämpfer zu wachen, die in Bayern Herr v. Kaas und seine nationalsozialistischen Helfershelfer gingen Ermordung der Arbeiter, Mobilisierung des Proletariats und kommunistischen Zwecken, das war das Ziel der Kommunisten, das sich bereits in den ersten Tagen des neugebildeten Kabinet zeigte. Die Rede Stöckers in Leipzig war das Signal. Wenige Tage nach Zusammentritt der Regierung also hatten die Kommunisten schon alle Vorbereitungen getroffen, um den Generalstreik zu proklamieren. Das Kabinet sollte nach ihren Ansichten die Führung übernehmen und einen Kampf führen der von vornherein aussichtslos erschien. Ein Generalstreik in diesem Stadium hätte lediglich eine ungeheure Schwächung der proletarischen Kampfkräfte bedeutet und den

Abends 9 1/2 Uhr. Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Forderungen der Sozialdemokratie durch das Kabinet ist, der Koalitionsparteien ist am Donnerstag noch nicht gefallen. Die Koalitionsparteien beschließen sich am Donnerstag nachmittag in der Reichstagskammer mit den Forderungen aus Anlaß des neuen Wahlgesetzes und hatte deshalb keine Gelegenheit, sich auch mit den Forderungen der Sozialdemokratie zu befassen. Insbesondere wurde aber auch deshalb die Debatte über die Voraussetzungen der Sozialdemokratie an den Verbleib im Kabinet verschoben, weil einzelne liberale Minister das Bedrückende hinter, vor der endgültigen Entscheidung noch mit ihren Fraktionen in Verbindung zu treten. Das Kabinet wird sich wahrscheinlich erst am Freitag vormittag mit den Forderungen unserer Fraktion befassen. Der Reichskanzler soll dann mittags um 2 Uhr die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion empfangen und über den Ausgang der Sitzung Mitteilung machen.

Der Vorwärts meldet:

Allen Anschein nach werden die Dinge zum Ausdruck. Seitens der Sozialdemokratie scheinen zwei Strömungen zu bestehen: eine sieht in den sozialdemokratischen Forderungen ein „Ultimatum“, dem man sich nicht fügen könnte, die andere möchte die ganze Frage auf die Land langwieriger Verhandlungen auslagern. Diese die erste Strömung so ist die Lage vollkommen klar. Hier die zweite, so ist sie auch nicht viel aussichtsreicher, denn der sozialdemokratischen Forderungen sind für unsere Koalition so verbindlich, ohne deren Erfüllung ein Verbleiben in der Regierung unmöglich ist. Diese Ansicht wird, wie wir schon wissen, in breiten Schichten auch der bürgerlichen Parteien geteilt.

Was wird, wenn die Sozialdemokraten das Kabinet verlassen, weiß niemand. Viele rechnen mit einem Verbleiben Stresemanns und den Folgen der Sozialdemokratischen Forderungen. Aber das dritte, das heißt die dritte Strömung, könnte nicht ohne Intervention der Volksparteien bestehen, es ist auf sozialdemokratische Hilfe nicht zu rechnen. Die Sozialdemokratischen Forderungen sind ein ungelöstes Rätsel.

... Inzwischen haben die Möglichkeiten genommen, im Falle eines ernsthaften von Bayern ausgehenden Angriffes sich zur Wehr zu setzen. Mit allen Mitteln der modernen Weltanwendung wurde der kommunistische Angriff ausgebeugt und nur dem Verfall der meisten Sozialdemokraten, die auf dem Kongress anwesend waren, ist es zu danken, daß damals der unfähige Schmitt der Kommunisten abgehoben werden konnte. Trotzdem wählten die Kommunisten weiter hinter dem Rücken ihrer eigenen Ministerkollegen die Arbeiter beim Generalstreik nicht in die Hand und haben so dazu beigetragen, die reaktionären Kreise in allen bürgerlichen Parteien zu härten. Damit soll das Vorgehen des Reichsministeriums nicht entschuldigt werden. Aber die Kommunisten haben gezeigt, daß eine Einheitsfront mit ihnen nur möglich ist, wenn die Sozialdemokratische Partei ihre Exklusivrolle aufgibt und das was war und ist noch immer die Pflicht der Kommunisten gewesen, wenn sie von der Bildung der proletarischen Einheitsfront sprechen.

Singen wendet sich die Volkszeitung in Plauen sehr scharf gegen die Beschlüsse der Landtagsfraktion. Das Blatt schreibt:

Mit dem Siege der Militärdiktatur in Sachsen ist der Sieg der faschistischen Diktatur im Reich nur noch eine Frage von Tagen. Durch die Androhung des Protektors durch die Landestagungen der K. P. D., der S. P. D. und aller freisowjetistischen Organisationen wurde dieser Selbstverleumdung Rechnung getragen. Aber nun ereignete sich das Unheimliche, das in der sächsischen Parteigeschichte noch nie seinesgleichen gefunden hat: die Landtagsfraktion der sächsischen Sozialdemokratie, deren Mehrheit sich seit Monaten in schroffem Widerspruch zur sächsischen Parteimehrheit befindet, hat die Kapitulation auf der ganzen Linie beschlossen. Statt alle proletarischen Kampfsmittel zu härten, und das Zusammengehen der beiden proletarischen Parteien zu fördern, beschloß diese Mehrheit der Landtagsfraktion über die Köpfe der verantwortlichen Landesinstanzen hinweg, die Forderungen der Kapitalisten und Militaristen anzunehmen. Die Kommunisten wurden aus der Regierung hinausgeworfen und ohne daß man mit ihnen irgendwelche Fühlung nahm, das Bündnis mit den Demokraten geschlossen. Mit den Demokraten, deren kapitalistisch-reaktionäre Einstellung jedermann bekannt ist. Die Einheitsfront der Arbeiterklasse in Sachsen ist durch diesen Versuch gefährdet worden. Das unwürdige Verhalten kommt neben dem rechten Flügel der Landtagsfraktion insbesondere noch dem Parteivorstand zu, der sich mit Haut und Haaren der großen Koalitionspolitik verschrieben hat, und dem es schon längst ein Grenz war, daß dieser Koalitionspolitik nicht auch von der sächsischen Mehrheit nachgegeben wird. Wir bringen an anderer Stelle die Verleumdungen der verantwortlichen Landesinstanzen, die gegen die Rechtsstellung in der sächsischen Politik protestieren und erklären, daß ein Parteiparität einberufen werden soll.

Das Volksblatt in Zwickau schreibt u. a.:

Da beim Parteivorstand in Berlin über die Haltung der sächsischen Landesinstanzen kein Zweifel bestand, ist bei der bevorstehenden Entscheidung am Dienstag auf Weisung der in Dresden anwesenden Parteivorstandsmitglieder ein Staatsstreik in Sachsen gegen die sächsischen Parteien ausgerufen worden und das zu Recht bestehende Recht vernachlässigt worden. Ohne diese Vernachlässigung der Demokratie in der Partei wäre die auf die bürgerlichen Parteien gezielte sozialdemokratische Minderheitsregierung, die faktisch nichts anderes ist als die verfallene große Koalition, nicht zustande gekommen und wir erwarten von den Parteigenossen im Lande, daß sie zu dieser neuen Vernachlässigung ihrer Rechte und ihres Bestimmungswortes umgehend Stellung nehmen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich mit einer Mehrheit von ungefähr 13 Stimmen das Recht ausgesprochen, gegen den Willen der Parteigenossen im Lande wichtige und entscheidende Dinge zu bestimmen. Zu bemerken ist hierzu noch, daß der rechte Flügel der sächsischen Landtagsfraktion, der über die Mehrheit verfügt, bei der Entwicklung der letzten Monate in scharfem Gegensatz zu der allgemeinen Auffassung der Parteigenossenchaft in Sachsen gekommen ist. Während die Landesinstanzen, die nach dem letzten Parteiparität allmählich erneuert wurden, ohne Heberhebung von sich sagen können, daß mindestens neun Zehntel der Parteimitgliedschaft geschlossen hinter ihnen steht. Aber die Landtagsfraktion sagt ganz einfach, die Parteimitgliedschaft kann und den Buckel runterzuziehen, wir, denen ihr einmal unter veränderten Umständen das Mandat übertragen hat und die ihr im Augenblick nicht abgeben kann, sind diejenigen, welche in allen der wichtigsten Fragen zu bestimmen haben, was geschieht.

Neuer Markverfall

Der Reichsbank ist es acht Tage lang gelungen, durch Anwendung der Einheitskurse größere Schwankungen des Papiermarkes zu verhindern. Der Dollar wurde in dieser Zeit durchschnittlich mit 70 Milliarden bezahlt. Allerdings mußte die Bank nach und nach die Aufstellung von fremden Zahlungsmitteln bedeutend reduzieren, so daß automatisch eine künstlich aufgebaute Nachfrage eintrat. Wie in den Augusttagen unter der Regierung Guno, die als ihre zweite Markstabilisierung zusammenbrach, die Devisenentwertung noch einmal bis zu 1 Prozent betrieblen konnte, zeigte sich auch jetzt deutlich die Unmöglichkeit, künstliche Einheitskurse für längere Zeit aufrechtzuerhalten. Die höheren Markkurse aus dem Ausland kündigten bereits am Mittwoch eine neue Markkurse an, die dann auch auf der Berliner Börse am Donnerstag auf der ganzen Linie eintrat. Die Reichsbank mußte die Kurse ganz beträchtlich erhöhen und fast verdoppeln. Der Dollar wurde mit 130 Milliarden und das englische Pfund mit 600 Milliarden notiert. Die Goldmark stieg so gegen Mittwoch von circa 19 Milliarden auf 36 828 Millionen. Devisen konnten nur mit 5 Prozent zugeteilt werden.

Charakteristisch wird der neue Markverfall durch die Verwertung der Goldanleihe. Sie wurde im freien Verkehr am Donnerstag bereits mit 200 Milliarden gehandelt und lag damit weit über dem amtlichen Dollarkurs. Da die Reichsbank für den Verkehr notwendigen Goldanleihe für noch nicht fertiggestellt hat, ist angesichts der Umstellung der gesamten Wirtschaft auf die Goldzahlungsmittel eine empfindliche Anspannung eingetreten, die von einer wüsten Spekulation auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu müßelosen Risiken gewonnen ausgenutzt wird. Schuld an dieser Auspostungung des Staats ist vor allem die Earmarkung der Reichsbank in der Fertigstellung der neuen Zahlungsmittel. Es ist ratsam, zur Entlastung des Devisenmarktes die Emission der Rentenmark und der angekauften Goldnote der Reichsbank möglichst zu beschleunigen, weil die Goldanleihe absolut nicht den Anforderungen des Verkehrs genügt. Goldanleihe wurde am Donnerstag in Berlin mit 150 Milliarden notiert und zum ersten Male seit ihrer Herausgabe repariert, und zwar mit 18 Prozent. Dollarkurse erfuhr infolge eines mangelnden Angebots keine Notierung.

Die Folgen des neuesten Markzusammenbruchs zeigten sich am Donnerstag bereits an der Produktendese. Seit Tagen wickelt sich hier nämlich schon die Tendenz aus, besonders die Getreidepreise in Gold zu steigen. Diese Zeichen mußte man zu mehr Erfolg haben, als der deutsche Agrar bei zunehmender Konjunktur in der Erde zurüchtere. Die Getreidepreise erfahren deshalb eine bemerkenswerte Steigerung. Der Preis für eine Tonne (1000 Kilogramm) märkischen Sommerweizens erhöhte sich in der Zeit vom Montag bis Donnerstag dieser Woche von 155 bzw. 157 Goldmark auf 159 bzw. 164 und der für märkischen Roggen

von 141 bzw. 142,75 Goldmark auf 153 bzw. 163. Der Preis für 100 Kilogramm Weizenmehl stieg in derselben Zeit von 22,5 bzw. 23 Goldmark auf 30 bzw. 32 Goldmark und der für Roggenmehl von 22,5 bzw. 25 Goldmark auf 30,5 bzw. 31,5. Der Preis für Sojapflanzöl stieg auf 1,70 bzw. 1,80 Goldmark. Gründe für diese fest 20-30prozentige Preissteigerungen in Gold liegen nicht vor. Angesichts der überaus günstigen Ernte müßte eigentlich eine Preisermäßigung eintreten, wie das auf den ausländischen Produktbörsen infolge der ungünstigen Erntebörsen in der ganzen Welt auch der Fall ist. J. A. hat die Pariser Börse am Mittwoch die Getreidepreise nicht unerheblich herabgesetzt. Der deutsche Agrar bemüht aber seine wirtschastliche Lebensmacht zur Erzielung höherer Preise und zur Ausdehnung der betrieblchen Konjunktur, denen man die sofortige Einführung der Goldwährungsreform. Die Vorgänge an den Donnestagbörsen sind das beste Argument für die sofortige Einführung der Goldwährung und die weitere Förderung der Sozialdemokratie an die Regierung, die Sandvorsitz gegebenenfalls zur Lieferung von Getreide zu zwingen.

Einladung an Amerika

LONDON, 1. November. Die britische Regierung hat Paris, Brüssel und Rom drei gleichlautende Noten überreichen lassen, die den Entwurf einer Note an Amerika enthalten. In dem Entwurf ist es das Hauptziel, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu unterstützen.

Nach Pariser Meldungen hat Weimars zugestimmt, aber die formale Abänderung gefordert, daß der Anschluß zur die augenblickliche deutsche Zahlungsfähigkeit prüfen solle, niemals den endgültigen Zahlungsumfang festlegen dürfe. Ob man darüber noch stolzen wird, steht dahin. Kommt die Einladung zustande, so nimmt Amerika, wie es erklärt hat, an, es läge dann endlich einmal eine Stütze der deutschen Zahlungsmöglichkeit in Gang.

England gegen die Sonderbündler

Da es auch in Paris zugegeben wird, so kann es als gewiß gelten, daß die britische Regierung ihre Volkswirtschaft in Paris und Brüssel beauftragt hat, die französische und die belgische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß sie die Befugnisse der provisorischen rheinischen Regierung nicht anerkennen und sich einer separatistischen Erhebung in der britischen Zone widersetzen werde. Von der britischen Regierung wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß England die Schaffung separatischer Staaten in Deutschland außerhalb der Souveränität des Reiches nicht gleichgültig betrachten könne und daß dies ihrer Ansicht nach eine Verletzung des Versailler Vertrages darstellen würde.

Deutscher Protest

Der deutsche Geschäftsträger hat bei Japars Protest gegen die Einstellung der belgischen Truppen im besetzten Gebiete eingeleitet. Japars erklärte, die belgischen Truppen hätten die Instruktion, sich neutral zu verhalten. Wenn wirklich die Dinge vorgekommen sein sollten, die die deutsche Geschäftsträger schildert, so wäre gegen die Instruktionen gehandelt worden. Er versprach eine sofortige Prüfung.

Das französische Diktat

Nach den getroffenen Abmachungen haben die Sechen 16 bis 18 Prozent ihrer Forderungen als Reparationsleistung bereitwilligst, ausschließlich für die für Italien bestimmten Leistungen. Solche Sechen, die die Jahresabgabe von 1921 wieder erreichen, brauchen nicht mehr als 18 Prozent abzuführen. Weiter hat man sich auf eine Kohlensteuer von 10 Franc pro Tonne, zahlbar in wertbeständigen deutschen Geld, geeinigt. Die von den Franzosen bezogene, seit dem 30. Januar 1923 rückständige Kohlensteuer soll durch eine Verschuldung von 16 Millionen Dollar getilgt werden, wovon 10 Millionen sofort zu zahlen sind. Die Franzosen haben alle ihre ursprünglichen Forderungen um vier Fünftel er-

Das Ziel der Kommunisten

Zerschlagung der Sozialdemokratie - Entsefflung des Bürgerkrieges

Der Norddeutscher veröffentlicht das letzte Rundschreiben der K. P. D. Zentrale an ihre Organisationsleiterinnen vom 29. Oktober. Darin lautet die wesentliche Stellen:

... Durch den Verrat der linken S. P. D. und ihre Ver- einigung mit der rechten U. S. P. und dem K. D. G. D. bei der Reichsregierung in Sachsen ist die Kampftraktat vor eben erst hergestellten proletarischen Einheitsfront zu geschwächt worden, daß dem Entschleunigungskampf noch auszuweichen werden mußte. Es ist der Reaktion mit Hilfe der linken S. P. D. und der Gewerkschafts- bunden gelungen, die Arbeit der Reaktion zu besorgen und die Arbeiterklasse vor die Alternative zu stellen, entweder gestimmt und ungleich den Kampf aufzunehmen und die Niederlage zu riskieren, oder dem Entschleunigungskampf auszuweichen, um die von der S. P. D. geleitete einseitige Kampftraktat auf schnellste wieder herzustellen gegen diese Führer und mit neuen aus der S. P. D. Arbeiterklasse herangehenden Führern. Es geht sich allgemein, daß die linken S. P. D. Führer dem Kampfe ausweichen wollen. In Sachsen die Gruppe Seigner, in Thüringen die sogenannten Linken in der Bewegung. Das selbe in Berlin die zentralen Führer der Dinsten. Es zeigt sich weiter, daß die linken Führer noch über ein großes Maß von Vertrauen und bei revolutionären gesunden S. P. D. Arbeitern verfügen, das sie beschließen, hemmen auf die Arbeiterklasse zu wirken. Der klare Beweis dafür ist die Chemnitzer Konferenz, wo es den linken S. P. D. Führern gelang, einen Beschluß auf sofortige Proklamierung des Generalstreiks zu verhindern. Ebenso haben die linken S. P. D. Führer in Berlin noch versucht, das Zusammenkommen eines den Kampf vorbereitenden Aktionsausschusses zu verhindern.

Folgerungen. Die Aufnahme des entscheidenden Kampfes mit einer gewissen, untereinander sich beschleunigenden und hemmenden Arbeiterklasse gegen einen nach unserer Meinung Gegner auf dem Höhepunkt seiner militärischen Macht wäre eine historische Katastrophe erster Ordnung, würde die Arbeit und entsetzliche Notstände bringen.

nähe nur für die deutsche, sondern ebenso für die russische Revolution, während uns der Sieg sicher ist, wenn wir zuvor die Arbeiterklasse durch Propaganda und durch Teilsaktionen um uns vereinigen, den Gegner parieren, und um so die Revolutionen überwinden zu machen. Jedem Parteimitglied muß klar gemacht werden, daß

der politische Generalstreik in der gegenwärtigen Situation den Kampf um die Macht; und daher den bewaffneten Kampf bedeutet, wobei entweder wir unvorsichtiger bis zur völligen Niederlage des Gegners fortzürücken, oder der Gegner uns völlig überläßt.

Solche Entscheidung ist in diesem Falle unmöglich. Wir wissen, daß der Gegner seine Forderung einleitet auf ein Loschlagen unserer Seite ohne die genugsamen politische und militärische Vorbereitung. Der Gegner weiß, daß die Zeit gegen ihn arbeitet. Er arbeitet für uns, wenn wir es bemerken, um mit der größten Energie, Beharrlichkeit und Würdevollheit die politischen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen für den Kampf zum Entschleunigungskampf zu machen.

Die Zeit für die Vorbereitung dieses Vorbereitungskampfes kann nur ganz kurz sein. Die Parteigenossen müssen alle Schritte annehmen, die geschlossene Kampftraktat sofort wiederherzustellen.

müßigt. Nicht zahlungsfähige Sechen haben das Recht, ihre Schuld durch Notse abzutragen. Da die Franzosen den Sechen ungehörige Forderungen und freien Absatz garantieren, ist endlich nach Wochen der Unmöglichkeit mit einer allgemeinen Aufnahme der Arbeit in der westfälischen Montanindustrie zu rechnen. Die Bedingungen sind äußerst hart. Vor allen Dingen macht die Kohlensteuer von 10 Franc pro Tonne die von der Regierung durch Aufhebung der deutschen Kohlensteuer amengeregte Preisermäßigung für Brennholle illusorisch. Es wird nötig sein, um die Absicht der Regierung, eine allgemeine Preisreduzierung durchzuführen, die durch die Franzosen dem westfälischen Bergbau ausgearbeiteten Lasten möglichst bald auf die gesamte deutsche Industrie umzuliegen.

Vor dem Loschlagen

Der bayerische Ansturm auf Thüringens Grenze

Die militärischen Maßnahmen auf bayerischem Boden, jenseits der thüringischen Grenze, nehmen ihren Fortgang. Bis unvorhersehbar in aller Öffentlichkeit die Mobilisierung durchgeführt wird, zeigt folgender Aufzug, den „Das Kommando des Jungdeutschen Sturmregiments“ in allen bürgerlichen Blättern Coburgs veröffentlicht:

Die bayerische Regierung hat Teile des Jungdeutschen Sturmregiments anrufen. Weitere Aufzüge erfolgen in den nächsten Stunden. Wir müssen von den Arbeitgebern Coburgs und Umgebung erwarten, daß sie unsere Arbeitgeber sofort zur Erfüllung ihrer westfälischen Pflicht erziehen. Wir machen darauf aufmerksam, daß die bayerische Regierung verfügt hat, der Ausübung der bayerischen Nothilfe keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Von allen Arbeitgebern müssen wir erwarten, daß sie nicht nur die Stellen der Aufgerufenen freigeben, sondern daß sie im Hinblick darauf, daß die Aufgerufenen eine westfälische Pflicht erfüllen, wo es irgend möglich ist, auch die Gehälter weiterzahlen.

Zurückzuführen können täglich Mannschaften der Wehrmacht Verbände in kleineren Truppen in Coburg zusammen, wo sie in der Kaserne der ehemaligen über, in der jetzt die Landespolizei liegt, eingekerkert werden. Dabei wurden manche der länderlichen Jungherren, die, als der „Entfall“ an sie beantragt nur aufgrund dem Einberufungsbefehl nachkamen, zu einer weite Anzahl erhoben, teilweise sogar mit Unterführung der Gewehrarmen. Die in Reutbad bei Coburg liegende Kompanie des „Jungdeutschen Sturmregiments“ wurde erheblich verstärkt, und zwar auch in aller Öffentlichkeit, wie folgendes Inserat beweist, das am 30. Oktober im Reutbadener Tagblatt veröffentlicht wurde:

Grenzübergang Nord, Unterabteilung 1

Die Kompanie Reutbad der polizeilichen Regiments Baherns braucht dringend alte Feldgrau Uniformstücke (Heldblusen, Hosen und Militärärmeln), ferner Ausrüstungsstücke wie Koppel, Patronentaschen, Probepistol, Feldflaschen, Gabelmesser, ferner Speiseführer und Kochlöcher.

Sie bitte die Bürgerschaft, uns durch Zuforderungen dieser Art zu unterstützen. Abgabe in der Kompanie-Reutbad. Amtszentrale, Zimmer Nr. 3.

Altbayer, Oberleutnant und Abteilungsleiter

Das Hauptquartier dieses Grenzschutzes Nord, das sich im Amtsgerichtsgebäude in Reutbad befindet, war eine Zeit lang auf solchen durch die Kaserne erfassbar kennlich gemacht. Auf Einspruch beim Stadtkommissar wurde sie eingezogen und durch eine große schwarze weiße Kasse verdeckt. Im Schloss Reutbad bei Seckach befindet sich ein Beobachtungsstation ein Konzentrationslager, das einen regen Antverkehr nach Coburg unterhält.

Heberatt herrscht eine eifrige Tätigkeit, um die Einzuzogen einzukleiden und fertig auszubilden. Alle Anzeichen und Anzeichen deutet darauf hin, daß man möglichst bald „Loschlagen“ will.

Die nächsten Hauptaufgaben sind:

1. Die völlige Loslösung der S. P. D. Arbeiter von den letzten linken Führern, die entweder aus einer Trennung dieser Arbeiter von ihren jetzigen Führern führt, oder unter neuen Führern einen selbständigen und scharfen linken Block schafft.

Der Beginn der Entschleunigungskampf lang nur aus der gegenseitigen Wille spontaner und elementarer Massenläufe ankräften, denen wir uns aktiv, richtungsgebend, führend und zusammenfassend anzuschließen haben. Dabei wird es unermesslich zu vereinzelten lokalen Zusammenstößen, Minderungen usw. kommen.

Wir wollen diese nicht hemmen, aber andererseits nicht und genau abhaken, wie weit wir gehen können, ohne uns vergeblich Schlappen holen zu können.

Gamburg muß für die Partei sein einbinderndes Zentrum sein, wie man es nicht macht. Durch den Verrat der S. P. D. haben sich um die Genossen in Gamburg folgten lassen. Die Gamburger Aktion ist eine locale, aber ungenügende vorbereitende Massentag, bei der neben dem laut geräuschten Reich noch bedeutende Teile der sozialdemokratischen Arbeiter gegen uns standen. Das Gamburger Beispiel zeigt uns, daß wir nicht vernachlässigen dürfen, die Existenz der westfälischen S. P. D. Führer gründlich aufzubrechen und die Massenorganisationskraft zu vernichten. Das selbe ohne ausreichende Festlegung des Gegners der heroische Opfermut der proletarischen Partei nicht auszuweichen, um den Erfolg zu sichern. Gamburg war und ist eine Episode, die uns nicht an entzweieltig braucht, obwohl sie zu einer lokalen Schlappe führte, wenn unsere Genossen im ganzen Reich die Kampfanforderungen politisch zu geben verstehen.

Berlin, den 26. Oktober 1923.

Mit kommunistischen Gruß
Zentrale der K. P. D., Sektion der kommunistischen Internationalen.

Nach einem dem Norddeutscher veröffentlichten Verzeichnisse wurde in der erwähnten kommunistischen Mitgliederstatistik folgendes angegeben: Warum hat die K. P. D. die Zuspaltung der sächsischen Frage nicht benutzt, um allein den politischen Kampf aufzunehmen. Die Partei hat nicht gekämpft, weil sie auf eine falsche Partei gesetzt hat, weil sie sich mit einem politischen Zeichen, mit der linken S. P. D., verblüht hat. Sächsisch Einheitsfrontpolitik! Die Lage der Partei ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Partei hat verurteilt, den Massen hier zu legen, daß die Diktatur der Arbeiterklasse nur durch den direkten Kampf erreicht werden kann. Auftrag der Reichsregierung an Exekutive auf Abweisung der Berliner Regierung, weil sie zuvor getarnt hat, Bündnisse mit der linken S. P. D. zu schließen. Gamburg hat sichgeöffnet auf Schritt und Tritt, die selben hat hier und hier auf die linke S. P. D. verzolet. Gamburg hat sichgeöffnet, weil ein Richter anderwärts Stunden zu spenden ist. Anfang der Berliner Regierung, auf Proklamierung des Generalstreiks durch die Parteizentrale abgelehnt. Es hat in der letzten Zeit Klärung und Klarheit gebracht. Wir haben das Gefühl, daß wir mit falschen Worten gefolgt sind, weil wir uns mit einem politischen Leitwort bedacht haben. Es wird verlangt, daß diejenigen, die als Verantwortlichen für die falsche Politik der letzten zwei Jahre tragen, aus der Leitung entfernt werden.

Central-Theater

Variété
Ab morgen neues Programm
Gastspiel Karl Zander
vom Deutschen Theater in Berlin
Georg Neumüller
der bekannte Hilarist
Ballett Gérard
und 6 weitere Weltstadt-Attraktionen
Bis 1 Uhr voller Wirtschaftsbetrieb und
Doppelkonzert Kapelle Gerh. Hoffmann
Balalaika-Ensemble Maximoff.

Künstlerspiele
Ab morgen der Sensationssketch
„Der Detektiv“
Ein Spiel zu Dreien von Heinz Lorenz
mit Karl Zander vom Deutschen
Theater, Ber. in. a. G.
Greil Tavera | **Prof. H. Brusces**
Vortragshumorist | d. hervorragende
Sprecher
und das übrige
Elite-Cabaret-Programm
Doppelkonzert Kapelle Gerh. Hoffmann
Balalaika-Ensemble Maximoff.

Die Schaffende Frau

Sieben Erzählungen:
Nr. 45, Preis bis zum 10. November
ein Heft 400 Millionen Mark,
1 Schnittbogen 800 Mill. Mark.
Zu haben in der
Volksbuchhandlung
und bei allen Kolportage- und Ausdrückereien
der Dresdner Volkszeitung und den Filialen.

Eine Billion Mark Belohnung

Suchen wir für Wiederbeschaffung aufred am Ton-
sterning auf dem Stückbühnenraum gewöhnlichen
orangefarbige indischen Tabakblätter mit Pfeffer
taste.
Vogel & Schlegel, Maschinenfabrik
G. m. b. H., Tr.: Glauch, Liebermannstraße 8.
Breslau.
Bestellungen auf die Dresdner
Volkszeitung sowie sämtliche
Literatur nimmt entgegen
Redakteur **Ernst Molde**, Wettinerstr. 12



Glänzend ist das Resultat.
Geldersparnis keine Mühe,
Wer Erdal im Hause hat
spart schon zeitig in der Frühe.

Erdal

Schuhpaste Bonnerwachs
Werner & Mertz A. G. Mainz

Winterhandschuhe
E. J. Nicolai, Dresden
Königsplatz 11
Königsplatz 11

**Musik-
instrumente**
der 2n. und 3te. Klasse.
Tauf u. taufst
13 Otto Friebel 13
Königsplatz 11
Königsplatz 11
Königsplatz 11

Alle Treffen
u. Uniformen
von Militär-, Polizei-,
Gendarmerie-, Jagd-
und Beamten tun
Max Haupt
Königsplatz 11, II.

Der grüne Film
Ein Wanderspiel in 6 Akten
Bühnenwerk, wieder
neu erschienen!
Volksbuchhandlung
Bestellungen
auf die
Dresdner Volkszeitung
samt. Parteiliteratur
Annahme v. Inseraten
Emil Krämer
Königsplatz 11, II.

Für Killees
und Matrizen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Abgang des
Auftrages u. d. r.
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.
**Expedition der
Volkszeitung.**

Coschitz
Bestellungen
auf die
Dresdner Volkszeitung
samt. Parteiliteratur
Annahme von Inseraten
Emil Stübner
Königsplatz 11, I.
Bestellungen
auf die Dresdner Volks-
zeitung, samt. Parteiliteratur
Annahme von Inseraten
Kolporteur Ehrig
Dresdnerbergstr. 10
Königsplatz 11, II.
Abonnements
auf die
Dresdner
Volkszeitung
Bestellungen auf alle
Partei- und sonstige
Literatur nimmt entgegen.
Richard Wisner
Wettstr. 13

Damen-Hüte

Nur streng moderne diesjährige Hüte gelangen zu den außergewöhnlich billigen Preisen in den Verkauf

- Serie I** Filzhüte, schwarz und moderne Kleiderfarben. 1 1/2 Goldmark
Formen für junge Damen. Grundzahl 18, ca. 1 1/2 Goldmark
- Serie II** Garnierte jugendliche Hüte a. Duffetin u. 3 1/2 Goldmark
Fantasieformen, bes. Gelegenheit, Grundz. 48, ca. 3 1/2 Goldmark
- Serie III** Echte Velour-Hüte, moderne Farben und 5 00 Goldmark
schwarz. Grundzahl 72, ca. 5 00 Goldmark
- Serie IV** Aparte garnierte Hüte sowie Modell- 7 00 Goldmark
formen aus Zylinderplüsch, Grundzahl 99, ca. 7 00 Goldmark
- Serie V** Modellformen aus Zylinderplüsch und Samt, 8 00 Goldmark
schwarz und farbig. Grundzahl 116, ca. 8 00 Goldmark

Regen-Hüte

zwei Serien, nur mo-
derne Formen in vielen
Farben

Serie I Grundzahl 41	Serie II Grundzahl 61
ca. 3 00 Goldmark	ca. 4 1/2 Goldmark

Alsberg

Wilsdruffer-Strasse 6, 8, 10

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden
Königsplatz 11
Königsplatz 11
Königsplatz 11

Kalender für das Erzgebirge!
ist wieder eingetroffen.
Fester Preis bis 10. November 15 Milliarden.
Volksbuchhandlung und Filialen.

Zeitung-Belegungen
zu Inseratenaufträge
für die Dresdner Volks-
zeitung nimmt entgegen
Bernhard Oldrich
Königsplatz 11, II.

Brillanten
Gold-, Silber-, Platin-
Gegenstände und -Arbe.
Brennküfste, Sägen
Jan. 1923
Wolf Beckermann
Dresden-A., Brunner Str. 28.

Gold- u. Silbermünzen
Hermann Schmidt
Edelmetallschmelze
Reitbahnstraße 18.
Der Radikalismus
in der deutschen Arbeiterbewegung
Ein soziologischer Versuch von **Rudolf Geiger**.
Gebunden: Grundzahl 2.- M.
brochiert: Grundzahl 1.50 M.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10
und ihre Filialen.

Fortsetzung der Geschäftlichen Rundschau
Ohne Gewähr! **Dauerfahrplan** Ohne Gewähr!
Abfahrtszeiten vom Hauptbahnhof nach:
Berlin-Esternwerder: 2.15, 6.10 (D), 8.30, 8.06 (D), 12.45 (w.),
2.15 (b. Cosschbude b. Elsterw.), 4.50 (w. ab. Cossch. b. Elster-
werder), 7.30.
Berlin-Möckern: 2.10 (D), 3.45, 7.10 (D).
Riesa-Lepzig: 2.50, 5.08, 7.10 (D), 9.45, 10.30 (D), 1.55 (D),
2.31, 4.22, 5.35, 7.01 (D), 9.03 (D), 8.10.
Lepzig-Döbeln: 5.12, 7.25, 11.55, 4.40, 9.10 (bis Leipzig).
Chemnitz-Reichenbach-Hof: 3.40, 6.20, 7.20 (E), 8.10,
10.17 (D), 11.52, 2.19 (b. Freib.), 3.51, 5.20 (w. Freib.), 6.10 (Elz.),
8.55, 8.24 (D), 9.20 (b. Klingh.-C.), 10.45 (D), 11.12 (b. Freib.-g.).

Man gehe nicht achtlos vorüber am
Lebensmittelhaus
Max Gröger Könneritzstrasse 19
am Wettiner Bahnhof



Rumbo-Seifen-Werke Gebr. Romberg
Freital
Alleinhersteller der vorzüglichen Rumbo-Seifen

Richard Hartmann
Radeberg, Markt 16
Wollwaren ♦ Trikotagen
König-Friedrich-August-
Mühlenwerke A. G.
Dölzschen-Dresden

Parteibeitrag für die 44. Woche

**1 Milliarde Mark für männliche Mitglieder
800 000 000 Mark für weibliche Mitglieder**

Genossinnen, Genossen! Um nicht die Begründung von der Steigerung und Beitragserhöhung allwöchentlich wiederholen zu müssen, wollen wir nur ganz kurz darauf hinweisen, daß es in der Zeit der immer mehr anschwellenden Reaktion noch niemals so notwendig war, wie gerade jetzt, die Parteiorganisation zu erhalten. Wehr denn sie ist das Gebot der Stunde: Eine gefestigte, festgefügte Partei, um allen Kämpfen und Wirren der Zeit gewachsen zu sein.
Der Bezirksvorstand der S. S. P. D., Bezirk Ostachsen.

Sachsen

Schießerei in Großenhain

Am Dienstag Abend ist es in Großenhain zu einer Schießerei gekommen, bei der mehrere Personen verwundet worden sind. Die Weichener Volkszeitung berichtet darüber:

Am Dienstag nachmittag nach 4 Uhr wurden die Einwohner von Großenhain in ungeheure Aufregung versetzt. Die hier in der Gegend liegende Reichswehr war auf dem Marktplatz aufmarschiert und in Aktion getreten. Die Folge war, daß eine Anzahl Schauer- und Lichterwunderer vom Platze getrieben werden mußte. Am Abend um 8 Uhr wurde die Lieferschwärze im Bereich der folgenden Schilderung gegeben:

Um nach 4 Uhr kam eine Abteilung von ungefähr 50-60 Reichswehrgehörden von der Raasdorfer Straße her an der Kirche vorbei nach dem Hauptmarkt zu anmarschieren und besetzte das Rathaus. Nachdem die Reichswehr gerufen worden ist, muß erst noch festgestellt werden. Ein Grund zur Belegung des Rathauses lag nicht vor. Auf dem Balkon des Rathauses wurde ein Wachposten aufgestellt und darauf von dieser Stelle aus die Aufsicht über den Markt geführt. Auf dem Marktplatz wurde eine große Menge Menschenmenge gesammelt. Kaum war diese Aufregung entstanden, so trat auch schon das Schußgeräusch in Funktion und die meist aus Jugendlichen bestehende Menschenmenge lief auseinander, aber eine Anzahl von den Augen getroffen wurde blieb liegen. Nach dieser Aktion rüdt eine Anzahl Soldaten aus dem Hauptplatz des Rathauses hervor, jedenfalls zum Zwecke der Belegung der Straße innerhalb der Baumreihe. Bei diesem Vorgehen schossen die Soldaten blindlings in die Straßen und Gassen hinein, wodurch eine ungeheure Panik unter den Bewohnern und den ahnungslos dahergehenden Straßenpassanten entstand.

Dieses kaum zu sehende Vorgehen der Reichswehr hatte zur Folge, daß wieder eine ganze Anzahl Personen, darunter auch ein Kind, von dem auf das Rathaus aufmarschierenden Soldaten getroffen wurden. Die Schüsse in den Straßen der Stadt dauerte ungefähr anderthalb Stunde. Während dieser Zeit schaute jeder in die Augen, der sich an Fenster, an der Tür oder auf der Straße befand. Selbst die Verwandten konnten nicht vom Platze gehen, ohne Gefahr zu laufen, von Geschossen getroffen zu werden. Eine unheimliche Panik herrschte unter der Bevölkerung. Die Leute von der Arbeiter-Samaritaner-Kolonie sowie vom Roten Kreuz hatten ein schweres Stück Arbeit zu leisten, um die Verwundeten zu den Ärzten und nach dem Krankenhaus zu bringen. Die Zahl der Verwundeten beläuft sich, soweit festgestellt werden konnte, auf zwölf, darunter auch Frauen und ein Kind.

Dieses besorgniserregende Trauerspiel in Großenhain am 2. Oktober bedarf einer eingehenden Untersuchung. Es muß festgestellt werden, wer die Reichswehr gerufen und wer die Art des Vorgehens der einzelnen Soldaten bestimmt hat. Ein Grund zu einer solchen Aktion lag in keiner Beziehung vor, da auf dem Marktplatz vor dem Eintreffen der Reichswehr kein gar nichts Bemerkenswertes zu sehen war. Auch nachmittags die in der 4. Nachmittagsstunde auf der Augustusallee von einer Anzahl Personen vorgenommene Vernehmung eines Arrestanten aus den Händen einer Patrouille der Reichswehr diese blühende Aktion keinesfalls. So unverantwortlich die Angelegenheit auf diese Patrouille behandelt haben, so sehr auch das Entsetzen der Weichener, noch mehr das Entsetzen der Soldaten zu verurteilen, so lag doch lange kein Grund vor, ein solches Blutvergießen zu veranlassen. Auch hier ist eine Untersuchung, ob die Aktion auf dem Marktplatz mit der Affäre auf der Augustusallee im Zusammenhang steht, dringend erforderlich.

Sächsisch-Goldschuldverschreibungen

Der Herr Reichskommissar hat verfügt, daß das vom Hausbesitzerschuss B des Sächsischen Landtags bereits beraten und dem Landtage zur Genehmigung empfohlene Anleihegesetz über Aufhebung von Anteilen des Sächsischen Staates bis zu 50 Millionen Mark Gold sofort Gesetzeskraft erhält. In Ausführung dieser Verfügung werden unbefristlich kurzfristige Schuldverschreibungen über 0,50, 1, 2, 5 und 10 M. Gold in den Verkehr gebracht werden. Die Schuldverschreibungen, die zu 6 Prozent verzinslich sind, werden geeignet sein, der Darlehensnahme abzuwehren und dem Verkehr des Geldes nach wertvollsten Zahlungsmitteln, ähnlich wie die Reichsbanknoten, entgegenzukommen.

Der Schwärmer von Bazancourt

Von Otto Zehleemann

Während Bogelsang im Parke glücklich war, und seine unzertrennlichen Quartiergenossen in der Kantine „an der Ecke“ Weinchen feierten und Lied auf Lied mit alledingstimmen Schützengildebrüdern erhebend intonierten, stand ihr Quartierwirt lauend in der Haustür und spähte auf die Straße. Er warde sich nicht, horchte nur still nach oben, ob auf dem Boden etwas ruhig war.

Es wurde hohe Zeit. Es galt jetzt an die Ausführung der langgehegten Pläne zu gehen. Morgen mußten die Zäpfel fort. Leicht war es möglich, daß am nächsten Tage die Freuden auch den Ort verlassen würden. Das Rollen an der Front, das immer lauter dröhnte, ließ schon das Beste hoffen. Als seine Freunde vorhin auf den hohen Zäpfeln stunden, der so behende aus der Luft herabgezogen wurde, hatten die anderen sich erschrocken. Sie waren weiß geworden. Er hatte sich bezwingen müssen, um nicht laut auszurufen: „Die Toren, glaubt ihr nun, was ich euch immer sagte? Sie kommen immer näher! Fahrt ihr nur los! Wir holen euch bald ein.“

Er war erregt. Bei jedem Schritt, der draußen fiel, war er zusammen. Und seine Schwägerentochter in der Küche war auch unruhig laut. Sie hätte sich ganz gut etwas besinnen können! Sie packte mit Suzanne noch Kleidung ein. Ob er ihr sagen konnte, sie solle ihre Arbeit schweigend machen? ... Weiß Gott, er wollte doch, er wäre wieder unten! Ganz leise schickte er sich empor. Die Stiegen knarrien aus Trost. Vorsichtig tappend kam er oben an. Unter dem Arme trug er einen großen Sack.

Der Boden war leer. Die Vögel waren ausgeflogen. Die Schornsteinfänge hingen die Gesteine. Er stieg darauf zu und steckte eins in seinen Sack. Er nahm er auch den kleinen braunen Ledertaschen, die an den Schornsteinfängen hingen, zehn Patronen. Zwei Patronen. Die Hände zitterten.

Milchpreise

Die Festlegung von Höchstpreisen für Milch und Milchserum wird vom 2. November 1923 an eingeleitet. Die Höchstpreise sollen dazu dienen, die Versorgung der Bevölkerung zu solchen Preisen sicherzustellen, die für die Erzeuger auskömmlich sind, die Verbraucher aber vor Bewucherung schützen. Diesen Zweck kann eine amtliche Preisfestlegung bei den jetzigen gwałtigen Sprüngen der Geldwertigkeit nicht mehr erfüllen. Denn sie ist naturgemäß nicht beweglich genug, um sich den täglichen Veränderungen des Geldstandes und der Marktlage sofort anpassen zu können. So ist es vorgekommen, daß die Erzeuger teilweise für die Milch kaum 2 Goldpfennige erhielten und daß die Käufer einen Bruchteil des Marktpreises leisteten. Bei solchen Preisverhältnissen sind aber ausreichende Milchlieferungen in dem dichtbesiedelten und deshalb von jeher knapp mit Milch versorgten Lande Sachsen nicht zu beschaffen. Die Milchgingänge in den sächsischen Großstädten sind trotz des jetzt noch günstigen Fütterungsverhältnisses bereits auf aber noch unter den Tiefstand vom April des Jahres gesunken. Die steigende Milchnot hat daher nicht nur Handelssammlern und Stadtverwaltungen, sondern auch den sächsischen Landesverband Deutscher Hausfrauenvereine und andere Verbraucherverbände veranlaßt, bei der Regierung dringend Abhilfe durch Aufhebung der Milchhöchstpreise zu fordern.

Um die Milchpreisbildung auch künftig in geordneten Bahnen zu halten, wird nunmehr die Landespreisprüfungsstelle mit einem aus Verbrauchervertretern und Sachverständigen gebildeten Ausschuss die Marktpreise für Milch festsetzen, an die sich die Erzeuger zu halten hat. Dies kann in oft und rasch geschehen, daß die geschilderten Nachteile der Höchstpreisfestlegung für die Milchversorgung beseitigt werden. In ähnlicher Weise wird der Milchpreis schon bisher im übrigen Deutschland gebildet, so daß auch die besonderen Inanspruchnahmen wegfallen werden, die in Leipzig, Plauen und anderen Orten Westsachsens aus der Beschränkung der Milchpreise in den benachbarten Gebieten entstanden sind. Um auch den besonders bedürftigen Volksteilen den Bezug der unentbehrlichen Milchmengen zu ermöglichen, werden die Verbringungsstellen dem jeweiligen Milchpreise laufend anpassen.

30-Milliarden-Scheine der Sächsischen Staatsbank. Um dem Mangel an Zahlungsmitteln höheren Wertes abzuwehren, hat die Sächsische Staatsbank zur Ausgabe von 30-Milliarden-Scheinen gegriffen. Diese sind in der Weise herzustellen, daß die als Regeldruck ausgegebenen grauen Scheine über 10 Milliarden mit einem schrägen, von links unten nach rechts oben verlaufenden Lederdruck versehen worden sind, der in rotbrauner Farbe die Worte „30-Milliarden Mark“ zeigt. Die mit Nummer in der Farbe des Lederdrucks versehenen Scheine tragen die kassierten Interimskasse des Staatsbankministers Dr. Gehrig und der Direktorialmitglieder Degenhardt und Schanburg.

Sammlung Sachsenhilfe. Um für die notleidende Bevölkerung Sächsischer Mittel aufzubringen, ist wie bereits bekanntgegeben, von der Sächsischen Staatsbank eine Sammlung eingeleitet worden, deren Betrag durch Vermittlung der Kreisbauernmännchen den Hilfsbedürftigen zugeführt werden soll. Dem guten Zweck wird nun so mehr gedient werden, je rascher die Spenden fließen, da sie dann, soweit sie nicht sofort Verwendung finden, wertvollsten angelegt werden können. Nicht als je gilt hier das Wort: Doppelt gibt, wer schnell gibt!

Die Versuchsschulen. Gegenüber den Nachrichten, die durch verschiedene Tageszeitungen im Anschluß an das Urteil des Landesgerichts Leipzig v. 28. Sep. 1923 gegen die Leipziger Versuchsschulen verbreitet worden sind, stellt das Ministerium für Volksbildung folgendes fest: Die Versuchsschulen sind mit ausdrücklicher Genehmigung des Ministeriums eingerichtet worden. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, auf Grund deren behauptet werden könnte, diese Schulen seien den übrigen Schulen nicht gleichwertig. Welche Bedeutung den Versuchsschulen von maßgeblicher Seite beizulegen wird, geht aus den Beschlüssen der Reichsschulkonferenz hierüber hervor, deren Satz 12c lautet: „An möglichst vielen Orten sind Versuchsschulen zu schaffen.“ Gegen das Urteil des Leipziger Landgerichts ist Revision eingelegt worden.

Dresdner Chronik

Reichswehrangeriff auf das Naturfreundehaus

In der Nacht vom Montag zum Dienstag erschien ein starkbesetztes Reichswehrtrupp in der Nähe des Naturfreundehauses am Zisternein. Die über 20 Mann starke Besatzung des Autos idwärtige gefächert wurde und rückte mit jähzubereiten Gewehren und Maschinengewehren gegen das schlafende Haus vor. Nachdem das Maschinengewehr kurzzeitig aufgestellt worden war, wurde der Hauswart in barchemem Tone gerufen und dann das Haus drei Stunden lang von oben bis unten nach Waffen durchsucht. Sämtliche Betten wurden durchwühl. In die Strohkasse wurde ein Säbel und Seitengewehr hineingestopft. Kein Winkel blieb undurchsucht. Einige erwerbslose Genossen, die im Hause übernachteten, mußten aufstehen und durften sich erst wieder schlafen legen, nachdem auch ihre Betten bis auf den Grund durchsucht worden waren. Einer von ihnen mußte, da er nur einmal munter war, bei dieser Gelegenheit austreten. Er war im Hemd. Über ein Reichswehrtrupp riefte das Geräch auf ihn und drohte, beim nächsten „Glück-“

versuch“ zu schießen. „Na, wohin denken Sie denn, daß ich im Hemd renne?“ Aber er durfte nicht — er mußte warten, bis sich der nächtliche Spuk verzogen hatte.

Dann kam die Wohnung des Hausworts an die Reihe. Auch da wurde alles unumhineglichst aus dem Meiderhäusern wurde jedes Kleidungsstück einzeln herausgenommen und abgeschüttelt, ob nicht etwa in eine Frauenbluse Sandgraxaten eingenäht seien. Auch das war vergeblich. Rindens kam auch nur die minigste Kinderpistole zum Vorschein. Aber der Offizier ließ nicht locker. Das Naturfreundehaus hat eine Wasserleitung, zu der ein Pumpenhäuschen gehört. Auch dieses Häuschen wurde durchsucht. Sogar die Strohhülle der Pumpanlage wurde abgetastet, ob sich nicht darunter etwa ein Gewehr um ein Rohr geflüchtelt habe. Nachdem nun drei Stunden lang geforscht und nichts gefunden worden war, rückte die Reichswehr endlich enttäuscht ab. Während dieser Nachsuchung brannten drei Stunden lang acht elektrische Lampen. Die Lichtstrahlung bezog sich natürlich die Naturfreunde.

Ein wirklich vorhandenes Waffenlager haben diese Naturforscher im Stahlhelm nicht entdeckt: die kleine Bibliothek des Naturfreundehauses, die mit geistigen Waffen für den kulturellen Kampf der Arbeiterklasse wohl ausgerüstet ist. Die Reichswehr hat wieder einmal bei Arbeitern nach Waffen gesucht. Vergeblich. Sie wird es noch oft tun. Und immer wird es vergeblich sein. Denn es sind keine Waffen da. Aber die Reichswehr wird frampshost weiter suchen, bei Tage und bei Nacht. Denn sie braucht ja Gr u n d e für ihre Dasein! Wie soll sie denn ihren Firmarich in Sachsen vor sich selber rechtfertigen, wenn nicht einmal das fleisigste Hündchen gefunden wird!

Was übrigens die Lohedo-Flotzerei zu diesen Nachsuchungen der Reichswehr in den Grenzgebiet tanzen wird, ist eine Frage für sich.

Der Hunger treibt in den Tod. Am Mittwoch Abend sprang am Terrassenauer ein in der Sachsenallee wohnhafter Erwerblose in selbstmörderischer Absicht in die Stuten der Elbe, wurde aber von hinunterfallenden Wässern noch lebend ans Land gebracht, worauf der 23jährige Lebensmilde der Seil- und Pfegankst jagelirt wurde. — Auf dem Torkemier Friedhof fand man am Donnerstag nachmittags einen in der Schulgasse wohnhaften Erwerblosen an einem Baume erhängt vor. Da sein Körper bei der Auffindung noch warm war, brachte man ihn nach dem Krankenhaus, wo jedoch der 20 des 1879 geborenen Mannes festgestellt wurde.

Städtische Unfallfürsorge für die Sanitäter. Der Rat beschloß, die den Mitgliedern der freiwilligen Sanitätsskolonne vom Roten Kreuz bereits gewährte Unfallfürsorge auch den Mitgliedern der Arbeiter-Samaritaner-Kolonie und der freiwilligen Sanitätsskolonne des Samaritanervereins zuzugestehen. Danach gewährt die Stadt verunglückten Mitgliedern der Samaritanerkolonnen eine Entschädigung nach den Bestimmungen des sächsischen Unfallfürsorgegesetzes für Beamte vom 1. Juli 1902, wenn sie vom Verfallsgerichtsamt zu Hilfeleistungen zugezogen werden sind, während in anderen Fällen Unterstützung nach Prüfung des einzelnen Falles eintritt.

Schulkinderverpflegung. Der bei der Kinderpeisung im Sommer dieses Jahres entstandene Fehlbetrag von rund 1/4 Milliarde Mark wird unter Anerkennung der Dringlichkeit vom Rate nachbewilligt. Zum Ankauf von Zusatzspeisenmitteln für die Winterpeisung wird in Erweiterung des früheren Beschlusses ein Berechnungsgehalt von 1 Million Mark bereitgestellt.

Einstellung des Betriebes der Schwabebahn Ostwärts an Werktagen. Die Direktion der Sächsischen Straßenbahn teilt mit, daß infolge des Verkehrsrückgangs der Betrieb der Schwabebahn an den Werktagen während der Wintermonate vom Montag den 5. November d. J. an eingestellt wird. Nur an den Sonn- und Feiertagen soll er der üblichen Weise in der Zeit zwischen Mittag und Abend aufrechterhalten werden.

Zur Einrichtung von öffentlichen Wärmestuben wurde vom Rat ein Berechnungsgehalt von 2 Millionen Mark bewilligt.

Der Frauerverein zu Dresden sah sich nach mehr als hundertjähriger Tätigkeit im Dienste der freiwilligen Wohlfahrtspflege genötigt, wegen fehlender Mittel den Betrieb seiner sieben Kinderanstalten, die rund 400 Kinder betreuen, mit dem 31. Oktober einzustellen, und hat die Anstaltsgrundstücke mit Inbetriebnahme der Stadtgemeinde kostenlos überlassen. Da der Weiterbetrieb unbedingt notwendig ist, hat das Bürgeramt darüber mit dem Dresdener Verein der Kinderfreunde ein Abkommen getroffen, monoch die Stadt den Aufwand für Personal, Heizung und Verpflegung übernimmt, die übrigen Betriebskosten vom Verein und durch Elternbeiträge aufgebracht werden. Die erforderlichen Mittel werden unter Anerkennung der Dringlichkeit bewilligt.

Das 2. der Milch 2,2 Milliarden. Nachdem die Erzeugerhöchstpreise für Milch wiederum eine wesentliche Erhöhung erfahren haben, ergeben sich unter Berücksichtigung dieser Höchstpreise und der erhöhten Unkosten ab heute (2. November) folgende Verkaufspreise für Vollmilch: im Kleinhandel 3 200 000 000 Mark für das Liter, im Großhandel 2 735 000 000 M. für das Liter, im Kleinhandel ab Höchst 1 880 000 000 M. für das Liter. Für das Zubringen der Milch ins Haus oder beim Verkauf ab Wagen 6 000 000 M. das Liter.

„Es war schon pölig dunkel, als die andern Soldaten kamen. Sie hatten sich scheinbar betrunken. Erst im letzten Augenblick wurden sie auf ihn aufmerksam. Sie hätten ihn fast angestochen. Doch als sie ihn erblickten, begannen sie zu lachen. Sie wollten ihm erzählen, daß sie morgen den Ort verlassen müßten. Die heiseren Stimmen schwirrten durcheinander:

„Mosjöh, Bonjidur! Bonjidur Mosjöh! Mosjöh, morgen parti! Partii, Mosjöh! Graben, dahinten, Schweinerei! Mosjöh! Nacht nig, is bald vorbei! Fini, fini, Mosjöh! Mosjöh, bald fini, bald!“

Er nickte mit dem Kopf und sagte dumpf: „Bon, bon, finis, bon, bon!“ „Dui, oui, bon, bon; fini, bon, bon!“ riefen erfreut die andern.

Er trat zur Seite, um sie durchzulassen. Sie stapften einer nach dem andern langsam hinaus. Die würden heute auch nichts merken!

Er hörte lange noch ihr „bon, bon, finis“ und „morgen parti“ die Treppe herabstönen, bis ihr Geladner endlich verflüchtete und allmählich Ruhe wurde. Thibaut ging in die Kammer, um die günstige Stunde auszunützen.

Beladen mit dem Sack schlich er sich durch die Gärten nach der Kirche. Er wagte kaum die Augen geradeaus zu richten.

Als er hinter dem Altar war, atmete er wie erlöst auf. Den Diebstahl würde niemand merken. Sie müßten nur sein Haus durchsuchen.

Er mußte oben ausruhen, so hoffte er in den Turm gestiegen. Das Dorf lag ruhig da. Er seate keine Arme auf die Fensterbrüstung und sah hinaus. Die ihmale einsame Sichel am dunklen Himmel warf einen matten Silberkeim auf Büme und Dächer. Nachdem sich keine Augen an die Dämmerung gewöhnt hatten, setzte er sich in das Gebälk und zog das Gewehr aus dem Sack.

„So, das genügt,“ murmelten die Lippen tonlos. „Das andre wird sich finden.“

Bewußt von Angst slog er hinab. Er stürzte durch die Küche in seine Kammer. Die Frauen sahen ihn erstunken den Sack eilig durchs Zimmer tragen, doch da sie glaubten, daß er noch zur Reihe einzupacken habe, stellten sie keine laute Frage. In seiner Kammer war er den Sack aufs Bett und deckte ihn mit Pissen zu. Behutlos irrte er die kalten glatt und sah sich ängstlich um, ob niemand durch das Fenster blühte. Des Zimmers drückte ihn. Der Sack war ihm wie zugeschnürt, und seine Brust war selten schwer bekommen. Er öffnete das Fenster und atmte befreit die frische Luft.

Die Sonne war verlaufen, doch aus der Tiefe lohten goldene Garben. Sie hüllten einen Teil des Himmels in alle Flammeformen. An kleinen Wäuschen reiften die Tomaten, und unter ihnen kämpften Stiefmütterchen gegen den kühlen Herbst.

Er mußte von seinem Garten Abschied nehmen. Vielleicht war es das letzte mal, daß er ihn sah. Es würde nicht mehr lange dauern, dann würde ihm die Zeit, ihn anzusehen.

Er blühte, mit den Augen trinkend, über die kleinen Sträucher hin.

Doch wie es einen Mißgeleiteten stets wieder an den Maß der Untat mahnt, so wollte Thibaut auch die Breuzen kommen sehen und sich, wenn sie vielleicht den Diebstahl merkten, an ihrer But recht harmlos freuen.

Er schloß das Kammerfenster und stellte sich abwartend in die Tür.

Inzwischen war Duonne nach Haus gekommen. Als er durchs Zimmer schritt, verbarg sie etwas unter ihrer Bluse. Er löschle gering. Wachte sie jetzt nur ihre Geheimnis haben! Er hatte feins ja auch und taufste nicht mit ihr.

Dann kam der Korporal. Der Deutsche grüßte höflich. Er dankte ihm, um nicht, falls etwas ruckbar wurde, unnötig in Verdacht zu kommen.

Oben blieb's still. Der merkte also den Diebstahl nicht.

Seite 2
UMIE
SOD-
KA
USW.
YORK
LINIE
gestr. 28.
pferstr. 21.
en
Matin
hütte, Säbne
mann
str. 28.
Lützen
mid
1900
Smus
bewegung
tuet Geger.
19
ittinerplatz 10
nn
gen
G.

Das Kubimeter Gas 4 Milliarden. Vom heutigen 2. November an beträgt der Gaspreis für ein Kubimeter Gas...

Lagerplätze auf öffentlichen Straßen. Auf Ersuchen der Stadterordneten, künftige Lagerplätze für Baumaterialien auf öffentlichen Straßen und Plätzen nicht mehr zu genehmigen...

Im Siles Carrasani, der seit gestern wieder Vorstellungen gibt, wird sich heute und morgen Direktor Stöck-Carrasani, der vor seiner Amerikareise hier und von Hamburg noch einmal nach hier gekommen ist, von der Dresdener Bevölkerung verabschieden...

Diesmal von vergrühtem Wein. In der Nacht zum 22. Oktober wurden aus einer Feldscheune in Gutschig 1/2 Hektar zur Ausaat bestimmter gegen Kattengräber vergrühter Weizen gestohlen...

Seugen gesucht. Von zwei Personen ist am 20. d. M. angezeigt worden, daß an jenem Tage, abends gegen 1/2 Uhr, eine unbekannte Person, ein Mann oder Frau, konnten sie nicht angeben, von der Mitte der Gasstraße in die Elbe gesprungen sei...

Aus dem Parteileben

Groß-Dresden

Funktionskonferenz

Für die Parteifunktionäre. Betriebsvertrauensleute und Parteimitglieder der D. S. P. D. findet heute Freitag, 7 1/2 Uhr, in den Kammern eine Konferenz statt...

Gruppe Mitte. Sonnabend, 7 1/2 Uhr. Gruppenführung im Kaffeehaus. Um 6 Uhr Verwaltungssitzung im gleichen Lokal.

Gruppe 2. Dienstag den 6. November, abends 6 Uhr. Verwaltungssitzung in der Wohnung des Vorsitzenden.

Gruppe 15a. Sonnabend den 2. November, abends 8 Uhr. Volkstümlicher Ausnahmestück im Jugendheim. Vorsitzender: W. Köhler.

Jugendpolitische Gruppe Kitzsch. Sonnabend, 2. November, abends 7 Uhr. Zusammenkunft im Volkshaus, Zimmer 2. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Jugendpolit. Gruppe Kämpf-Worbis. Freitag, abends 7 Uhr, im Jugendheim Vortrag vom Genossen Witzke über Matzenau. Gäste herzlich willkommen.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 1. November 1923

Die letzten Ereignisse in Sachsen veranlassen im Landtage den kommunistischen Abgeordneten Völscher zu dem Ausspruch, seine Partei werde jede sich bietende Gelegenheit benutzen den Massen das Verhalten der vereinigten Sozialdemokratie vor Augen zu führen...

Sitzungsbericht

Die Sitzung, die Wirtschaftsreferat Dr. H. G. Schmidt und die nur von kurzer Dauer war, begann damit, daß die Kommunisten in Form eines Dringlichkeitsantrages eine Erklärung vorlegten, die das Kollegium zu der folgenden Sache sollte...

Der Rat hat die Auflösung der freiwilligen Feuerwehren in Plauen, Niederwitz, Grünitz, der Pflichtfeuerwehr Mochwitz und der freiwilligen Mannschaften Leubnitz-Neustadt und Raditz mit dem 31. Dezember 1923 beschlossen...

Der Rat hat die Forderung eines stufenweisen Vorlebens von 100 Millionen Mark an die Länder, Provinzen und Freie Städte zum 1. April 1924 beschlossen...

„A. H. Geißler“ in den besetzten Gebieten und weiter von der Reichsregierung zu verlangen, daß die gegen Recht und Gerechtigkeit vom Feinde erzwungen Summen auf Reparationskonto gebracht und in Rechnung gestellt werden...

Bonar Law gestorben

Bonar Law, der gemeinsame Führer der Konstantinopeler Partei und Lloyd Georges Nachfolger in der Ministerpräsidentenschaft, ist wie aus London berichtet wird, gestorben; er ist 65 Jahre alt gewesen...

Bonar Law war in Kanada geboren und betrieb in seinen späteren Jahren in Glasgow, in der Hauptstadt Schottlands, ein großes Einzelgeschäft. Doch er, ein Kaufmann, der Führer der Konstantinopeler Partei wurde, ist ein Beispiel dafür, wie sehr sich jemand der englische Bourgeoisie, aber auch wie sehr sich die Konstantinopeler Partei gewandelt hat...

Gewerkschaftsbewegung

Um die Goldlöhne

Am Mittwoch haben erneut im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen mit dem Spitzenverbanden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über den Übergang zur Berechnung der Löhne in Goldmark stattgefunden...

Der Reichsarbeitsminister, der sich auch nach Schluß der Sitzung verwehrt, bemüht, ein Kompromiß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu finden, erkennt grundsätzlich die Nowendigkeit des Überganges zu Goldlöhnen an...

Die Entlohnung der Beamten und Arbeiter. Ähnlich wird mitgeteilt: Auf Grund der Verhandlungen vom Donnerstag im Reichsarbeitsministerium mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter wurde die Lohnmehrung für die Arbeiter für die laufende Woche auf 20 000 000 und die Mehrzahl für die Beamtenzulage auf 4 000 000 für das erste Monatsviertel festgelegt...

Die Arbeiterverpflichtung der Unternehmer. Die Dresdener Gewerkschaft und Spitzenorganisationen L. G. in Dresden haben heute auf der Sitzung die Arbeiter und Arbeiterinnen entschlüsselt. Auf Antrag beim Schlichtungsausschuß der Reichshauptmannschaft zu Dresden wurde die Firma im zweiten Termin, am 25. Juni d. J., zur Verhandlung über die Entlohnung eingeladen...

Bereins- und Versammlungs-Kalender. Diese Ortsgruppe 25. Volkshaus, Sonnabend, 7 1/2 Uhr, im Volksheim...

Wer jemand, der nur mit dem gewöhnlichen Unternehmertum ausgerüstet ist, ist geeignet, diese ganze Komödie betreiben zu können... 12 1/2 Millionen sammelten Eigenarbeiter der Schiffswerft Landwehr für die in Schiffsahrt befindlichen Personen...

Der Protokollrat der Gewerkschaften in Anbetracht der Verhandlungen in Sachen hat, wie wir hören, eine Anzahl Unternehmungen zu Auswertungen veranlaßt...

Sport & Spiel & Körperpflege. Arbeiter-Turn- und Sportklub „Eich Dresden. Nächste Bezirksversammlung findet am 21. November, 8 1/2 Uhr, im Dresdener Volksheim statt...

Handball (Turnverein): Schützenbruder 1 - Hirschberg 1 76:61, Knabe 1 - Hirschberg 1 76:76, Knabe 1 - Knabe 1 60:64, Schützenbruder 1 - Hirschberg 1 88:88, Hirschberg 1 - Knabe 1 68:49, Knabe 1 - Schützenbruder 1 42:41, Knabe 1 - Schützenbruder 1 40:44, Hirschberg 1 - Hirschberg 1 46:58, Knabe 1 - Hirschberg 1 48:58, Hirschberg 1 - Knabe 1 48:58, Hirschberg 1 - Knabe 1 - Knabe 1 - Knabe 1 158:157, Schützenbruder 1 - Hirschberg 1 162:150, Knabe 1 - Hirschberg 1 166:151, Schützenbruder 1 - Hirschberg 1 211:152, Hirschberg 1 - Knabe 1 178:161, Knabe 1 - Hirschberg 1 160:158, Knabe 1 - Hirschberg 1 191:166, Schützenbruder 1 - Knabe 1 203:168, Hirschberg 1 - Hirschberg 1 178:163...

Kaffeehausspiele, 4. November: (254) Costa 1 - Friedrichsberg 1, (10) Heibau 2 - Raditz 2, (24) Costa 2 - Raditz 2, (10) Friedrichsberg 1 - Hirschberg 1, Knabe 1 - Hirschberg 1, (104) Friedrichsberg 1 - Raditz 1, Turnverein 1 - Knabe 1, Costa 1 - Costa 1, Heibau 1 - Friedrichsberg 1, Strafen 1 - Raditz 2, Jugendl. (8) Heibau 1 - Heibau 2, (9) Knabe 1 - Knabe 1, Friedrichsberg 1 - Strafen 1, (104) Friedrichsberg 1 - Raditz 1, (11) Knabe 1 - Dresden 2, Die Spiele werden auf dem Platz des erstgenannten Vereins ausgetragen...

Wettervorhersage für den 3. November. Westwind, doch vorwiegend starke Bewölkung, zeitweise Nebel und neblig-trübende, vereinzelt schwache Niederschläge...

Wirtschaftszahlen am 1. November. Zuverfügungstellend: 180 828 000 000, Zuverfügungstellend: 180 000 000 000, Wochendurchschnitt: 57 800 000 000, Goldmark: 80 851 190 478, Goldmark Wochendurchschnitt: 1 897 000 000, Steuern ab 1. November: 81 000 000 000, Reichsrenten für Lebenshaltung: 18 671 000 000 (+ 349 Str.), Zehnj. Leasingzahl (Gefamindex): 14 881 000 000 (+ 672 Str.), ohne Wertsch.: 18 887 000 000 (+ 888 Str.), Dresdener Leasingzahl: 18 500 000 000 (+ 385 Str.), ohne Wertsch.: 18 100 000 000 (+ 408 Str.), Beschäftigten: 18 700 000 000 (+ 27 Str.), Goldmarkpreis (20. Markt-Stück): 588 852 000 000 St., Silbermarkpreis (1. Markt-Stück): 7 000 000 000 St., Kupfer: 24 000 000, Fernsprecher: ab 1. November: 15 000 000 000.

Schlichtungsausschuß von Dresden. Buchdrucker: 800 000 000, G. D. M.-Vertragskürzelzahl vom 9. bis 11. 15 000 000 000, Parteiaktivitäten: 15 000 000 000, Währungsreform: 8 000 000.